

## Grüne stimmten Rodung zu

Zum Artikel „Hambacher Forst: Streit neu entfacht wegen Räumaktion“ (Ausgabe 22. September)

Die Erlaubnis zum Roden des Hambacher Forstes haben auch die Grünen gegeben. Der Journalist und Fernsehmoderator Hans-Hermann Gockel erinnert: „Die Erlaubnis zum Roden hatten vor Jahren schon die Grünen gegeben, die damals in NRW mitregierten.“

Im Mai 2016 hatte die damalige rot-grüne Landesregierung in NRW den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau beschlossen. Die mitregierenden Grünen hatten mit unterschrieben, die Braunkohlenutzung bis ungefähr 2045 zu erlauben und den Hambacher Forst dafür zu opfern. Würden die Grünen und ihre Verbündeten nicht auch noch den Ausstieg aus der Kernenergie mit übertriebener Angstmache betreiben, könnte auf die Braunkohle weitgehend verzichtet werden.

Dr.-Ing. Fritz Kleeberg  
01279 Dresden

Zum Artikel „Im Wald, da sind .... Gegen Umweltschützer geht die Polizei härter vor als gegen Neonazis“ von Florian Schröder (Ausgabe 19. September)

Sie schreiben in dem Artikel: „...Die stammt aus einer Zeit, in der es weder Klimaverträge noch Energiewende gab, erneuerbare Energien als Utopie von Durchgeknallten galten.“ Dazu: Erneuerbare Energien werden auch weiterhin eine Utopie bleiben, denn Energie kann man nicht erneuern! Wenn sie einmal verbraucht ist, ist sie weg, da kann es noch so viele Gesetze mit diesem irreführenden Namen geben.

Hartmut Junge  
01239 Dresden

## Erlebnisse eines Schulweghelfers

Jeden Morgen stehe ich als Schulweghelfer auf einer Kreuzung, damit die Kinder unbeschadet und unbeschädigt in die Schule kommen. Mit den Jahren müsste es doch stinklangweilig sein – ganz im Gegenteil!

Da kam kürzlich ein kleines Mädchen, 2. Klasse, behütet von ihrer Mutter zur Kreuzung. Nun wird in jedem Ratgeberbeitrag in Presse und Fernsehen ja geraten, den Kindern mehr Selbstständigkeit zu geben, ihnen mehr zu vertrauen und auch mehr zuzutrauen. Ein Kind ist aber so kostbar – das kann man doch nicht alleine lassen. Das verstehe ich ja vollkommen!

Das kleine Mädchen kam an die Kreuzung und schrie seine Mutter an: „Du bleibst hier stehen! Ich gehe allein über die Kreuzung!“ Bei der Lautstärke hätte sogar eine Hundertschaft Soldaten auf dem Kasernenhof strammgestanden.

Vor Überraschung erstarrte die Mutter zur Salzsäule. Nachdem das Mädchen ganz „erwachsen“ über die Kreuzung gegangen war, „erlaubte“ es der Mutter: „Jetzt darfst du auch rüber gehen.“ Glücklicherweise erlaubte die Verkehrssituation das getrennte und nacheinander Überqueren der Kreuzung.

Wer ähnlich unerwartete und schöne Erlebnisse mit Kindern haben möchte, sollte sich bei der Verkehrswacht melden. An mehreren Schulen werden dringend Schulweghelfer gesucht.

Holger R. Görs  
per E-Mail

## Idiotische neue Wahlkreise

Zum Artikel „Elf Wahlkreise zur Kommunalwahl 2019“ von Thomas Baumann-Hartwig (Ausgabe 21. September)

Wenn ich den idiotischen Zuschnitt der neuen Wahlkreise sehe, dann gibt es für mich nur eine Schlussfolgerung: Rot-Grün-Rot kann man nicht wählen!

Volker Böhm  
01187 Dresden

## IN GENER SACHE

MONIKA LÖFFLER



Leserzuschriften stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar. Um möglichst viele Leser zu Wort kommen zu lassen, müssen wir uns vorbehalten, die Briefe zu kürzen. Jede Zuschrift wird beachtet, auch wenn sie nicht veröffentlicht bzw. beantwortet werden kann.

Zuschriften unserer Premiumkunden (Abonnenten) werden bevorzugt berücksichtigt. Bitte daher immer Abonnement und Adresse angeben.

Für Rückfragen:  
Telefon: 0351/8075277 (wochentags zwischen 15.30 und 16.30 Uhr)  
Fax: 0351/8075212  
E-Mail: leserbrieue@dnn.de  
Adresse: DNN, Dr.-Külz-Ring 12, 01067 Dresden



So stellte sich Globus das Areal mit dem Warenhaus am Alten Leipziger Bahnhof vor.

Visualisierung: Globus/Archiv

# Wohnungen statt Einkaufsmarkt

Aufstellungsbeschluss für Globus-Warenhaus von 2011 zurücknehmen

Zum Artikel „CDU fordert anständigen Umgang mit Globus. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses wäre falsches Signal“ von Thomas Baumann-Hartwig (Ausgabe 2. Oktober)

Es ist ein großer Irrtum einiger politisch Verantwortlicher im Dresdner Stadtrat, dass Investoren in Deutschland bzw. in Dresden ein Recht auf die uneingeschränkte Umsetzung ihrer Vorhaben gesetzlich verankert hätten. Sonst hätten wir in jeder Kommune schreckliche Entwicklungen, jeder Grundstückseigentümer könnte zum Beispiel mitten in einer Stadt eine Müllverbrennungsanlage bauen.

Die Vorhaben von Investoren werden am Besten im konstruktiven Miteinander mit der jeweiligen Kommune, den dort politisch Verantwortlichen und den Bedarfen ihrer Bevölkerung realisiert. Die Hufewiesen in Dresden Pieschen sind das beste Beispiel für ein solch konstruktives Miteinander zwischen Stadt, Bevölkerung und Investor.

Mindestens jedoch müssen sich die Vorhaben von Investoren in die Rahmenbedingungen einer Kommune einfügen. Diese sind im Fall des Geländes am Alten Leipziger Bahnhof eindeutig durch einen Masterplan ohne Globus und stattdessen mit einer gemischten Wohnbebauung, mit Gewerbe, Raum für Kultur und viel Grün festgelegt.

Leider besteht aus der Vergangenheit, aus 2011, immer noch der dem oben genannten Masterplan widersprechende Aufstellungsbeschluss für einen völlig

überdimensionierten Lebensmittelmarkt. Dresden braucht dringend bezahlbare Wohnungen und ein zukunftsorientiertes, beispielhaftes neues Stadtviertel. Dazu ist das Areal um den Leipziger Bahnhof hervorragend geeignet und viel zu schade, um für einen viel zu großen Supermarkt mit tausenden Parkplätzen verschwendet zu werden.

Man muss sich das mal vorstellen: Mitten in einer Stadt auf einer Fläche, die hervorragend an öffentliche Nahverkehrsmittel angebunden ist, sollen tausende Quadratmeter zubetoniert werden, die fast nur durch Pkw angefahren werden. Der Preis dafür ist, auf circa 1700 Wohnungen und vieles mehr mitten in Dresden zu verzichten und stattdessen noch mehr innerstädtischen Verkehr aufzuzwingen zu bekommen!

Dresden hat bereits eine Überversorgung von 130 Prozent Einzelhandelsfläche. Eine Überversorgung mit noch mehr Versorgung anzureichern ist volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich unsinnig. Diese noch höhere Überversorgung führt zu einem ruinösen Preiskampf, Werte werden vernichtet. Auf der Strecke bleiben kleine Gewerbetreibende, dahinter verbergen sich Familien und deren Existenzen und tausende von Dresdnern und Dresdnerinnen, die Anteile an einer der beiden Dresdner Lebensmittelgenossenschaften Konsum und Verbrauchergemeinschaft mit insgesamt 30000 Mitgliedern haben.

Der ruinöse Preiskampf wird auch dazu führen, dass Steuereinnahmen von Dresden nach St. Wendel ins Saarland

abfließen. Die angeblich neu geschaffenen Arbeitsplätze bei Globus werden woanders in Dresden abgebaut.

Es ist sehr bedauerlich, dass der Eigentümer Globus auf den Bedarf Dresdens und seiner Bevölkerung nun gar nicht eingehen möchte. Der jetzt angebotene Kompromiss von Globus mit „nur noch“ circa 6000 Quadratmeter Verkaufsfläche ist ein „Verdummungsangebot“, das es immer noch am Bedarf Dresdens völlig vorbei geht. Im Masterplan ohne Globus werden als angemessene Fläche 800 Quadratmeter Verkaufsfläche genannt.

Die CDU-Stadtratsfraktion beweist sich immer mehr als Partei, die völlig an den Bedarfen der von ihnen gewählten Menschen vorbei agiert. Sie sieht keine Grundlage, dass die Dresdner und Dresdnerinnen anständig behandelt werden müssen, nein, dies gewährt sie ausschließlich einem einzelnen Investor.

Die Forderung nach Wohnungsbau von politisch Verantwortlichen und zahlreichen Engagierten verhöhnt die CDU mit „Der Investor ist nicht verpflichtet, sich rot-grün-roten Wohnungsbaufantasien zu beugen“. Dies ist eine unsägliche Arroganz gegenüber denjenigen, die in Dresden verzweifelt bezahlbaren Wohnraum suchen.

Ich hatte immer den naiven Glauben, dass Mitglieder des Stadtrats sich dem Wohl einer Stadt und seiner Bevölkerung verpflichtet sähen. Der Eigentümer Globus plant an den Bedarfen von Dresden und der Zeit vorbei. Es gibt keine gesetzliche Grundlage, die einem Investor hierfür Bausicherheit gibt. Die Zeit für Super-

märkte mit mehreren tausenden Quadratmetern Fläche ist vorbei in Deutschland. Es braucht andere, angepasste, zukunftsorientierte Konzepte. Es wäre wünschenswert, dass Globus diese Herausforderung annimmt.

Es gibt kein Recht für einen Investor, seine wirtschaftlichen Anforderungen, zum Beispiel 200 000 Einwohner als Einzugsgebiet für seinen Verkaufstandort, durch eine Kommune erfüllt zu bekommen. Wo bleibt denn dann das Recht der bereits in der Region tätigen Gewerbetreibenden, dass ihre Existenz dadurch nicht ruiniert wird?

Wo bleibt das Recht der Anwohner, nicht durch noch mehr Verkehr in ihrer Gesundheit beeinträchtigt zu werden? Wo bleibt das Recht der vielen Wohnungssuchenden, die aufgrund des Vorhabens eines einzelnen Investors immer weiter steigende Mieten und eine noch schwierigere Wohnungssuche in Kauf nehmen müssen?

Um auch diesen wichtigen Beteiligten, den Dresdnern und Dresdnerinnen gerecht zu werden, muss dieser widersprüchliche und nicht mehr zeitgemäße Aufstellungsbeschluss aus 2011 für diesen überdimensionierten Einkaufsmarkt endlich zurückgenommen werden, durch den Stadtrat, um regulatorische Klarheit für den tatsächlichen Bedarf und Willen einer Stadt und ihrer Bevölkerung umzusetzen.

Es braucht ein konstruktives Miteinander für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung!  
Dr. Judith Brombacher  
Dresden

## SPD droht ein „Blaues Wunder“

Zum Leserbrief „Regierung ohne Anstand“ von Michael Steiding (Ausgabe 29./30. September)

Dem Aufsatz von Herrn Michael Steiding kann ich uneingeschränkt zustimmen. Eines sollte noch angefügt werden: Frau Nahles mit ihrer Pippi-Langstrumpf-Mentalität „haust du mich, verhaue ich dich“ betonte seitens der SPD sinngemäß immerfort, der Maßen muss weg, denn der hat auch, wie mit allen anderen im deutschen Bundestag vertretenen Parteien, mit der AfD, die von Millionen Menschen ohne betreutes Denken gewählt wurde, gesprochen. Schließlich war das aus SPD-Sicht zu viel gegenüber dem Parteienkonkurrenten AfD.

Frau Nahles hätte besser daran getan, mit gleicher Vehemenz ihren tatsächlich schweren Sachfehler auszubügeln, den sie am Schluss ihrer Sozialministerin-Tätigkeit beging: den Menschen im Osten 100 Prozent Rente erst ab 35 Jahre nach der Wiedervereinigung zuzubilligen und das bei so vielen im Osten ohnehin gebrochenen Biografien mit den Folgen niedriger Renten! Aber mit den Ostdeutschen kann man das ruhig machen, Hauptsache Steuermittel werden von dieser Regierung, der Frau Nahles heute wiederum angehört, in aller Welt verteilt.

Wenn sich die SPD nicht bald ihrer Vergangenheit aus Bebel's Zeiten besinnt, wird sie auf dem absteigenden Ast, wie alte Dresdner scherzhaft und trotzdem ernsthaft sagen, ihr „Blaues Wunder“ erleben.  
D. Gasch  
per E-Mail

## Butterstraße bei Freital

Zum Artikel „Fördermittel für neuen Radweg ‚Butterstraße‘“ (Ausgabe 4. Oktober)

Wenn man diese Überschrift liest, denkt man unwillkürlich an die Straße, die auf den bekannten Butterberg bei Bischofswerda mit Berggaststätte und Aussichtsturm hinaufführt.

Der Name „Butterbergstraße“ wurde aber irrtümlich verwendet, denn es handelt sich um eine Mitteilung aus der Region Freital. Der Inhalt des oben genannten Artikels bezieht sich nämlich auf einen historischen Handelsweg, der einst von Dresden in das Erzgebirge nach Frauenstein und Marienberg führte und schon vor dem 17. Jahrhundert entstanden ist.

In dem Beitrag wird erfreulicherweise in Aussicht gestellt, dass ein zwei Kilometer langer Abschnitt des alten Ortsverbindungsweges von Somsdorf in Richtung Höckendorf als Radweg ausgebaut werden soll.

In früherer Zeit hatte dieser Weg besondere Bedeutung für die Gebirgsbauern, weil sie auf ihm Butter, aber auch Holz, Heu und andere Produkte nach Dresden transportierten.

Gunter Hentschel  
01277 Dresden

## Gilt geltendes Recht nicht für Autoindustrie?

Zum Artikel „Große Koalition ringt um neues Diesellok-Konzept“ (1. Oktober)

Wieso muss politisch um ein neues Diesellok-Konzept gerungen werden? Es wird ja schließlich vom Diesellok-Konzept gesprochen, sogar von Betrug am Verbraucher durch die Autohersteller ist die Rede. Betrug ist aber strafbar in einem Rechtsstaat! Wieso müssen dann Kompromisse mit der Autoindustrie ausgehandelt werden, wer die Kosten für Nachrüstungen trägt?

Geltendes Recht besagt doch, dass ein Schadensverursacher komplett für die Kosten der Schadensbeseitigung aufzukommen hat. Oder sind die Normen eines Rechtsstaates für die Autoindustrie tabu? Ist die Politik nicht mehr in der Lage, geltendes Recht gegenüber Industriegiganten durchzusetzen? Verbraucherschutz sollte ohne „Wenn und Aber“ gewährleisten, dass jederzeit technisch einwandfreie und ökologisch vertretbare Produkte zum Kauf angeboten werden.

Prof. Dr. Klaus Fischwasser  
per E-Mail

## „Saxonia“ war die älteste Lok

Zum Artikel „Sachse will älteste Lok aus dem Rhein heben“ (Ausgabe 5. September)

Die bei der Streckeneröffnung Leipzig-Dresden im April 1839 verwendete Lokomotive vom Vogtländer Andreas Schubert war doch wohl die älteste Dampflok Deutschlands! Es war exakt der 7. April 1839. Bereits im Dezember 1838 fanden mehrere Probefahrten der „Saxonia“, gebaut in der „Maschinenbauanstalt Übigau bei Dresden“ bis zur Station Weintraube statt.  
Karl Schreiber  
per E-Mail

# Pro und Contra Christian Hartmann

Lesermeinungen zum neuen sächsischen CDU-Fraktionschef

Zum Artikel „Wirbel um sächsischen Fraktionschef – CDU-Machtwort aus Berlin“ (Ausgabe 28. September)

Da ist Christian Hartmann sehr mutig, Gott sei Dank und es wird ihm sofort angekreidet. Wenn wir ehrlich sind, sollten wir doch der Wahrheit ins Gesicht schauen und eher froh sein, dass noch jemand realistisch denkt! Hoffentlich geht die Entwicklung so weiter und kei-

ner wird bei Kritik gleich wieder abgesägt.  
B. Lederer  
per E-Mail

Zum Artikel „Ich werde dazwischen gehen“ (Ausgabe 2. Oktober)

Da brandete also Applaus auf, als Christian Hartmann vorgestellt wurde. Wahrscheinlich, weil er eine Koalition mit der

AFD nicht ausgeschlossen hat, wie es andere Mitglieder der Parteispitze und Herr Kretzschmer nicht müde werden zu betonen. Und es ist so wichtig, dass dies betont wird.

Das Liebgelügen mit der AfD, die sich ihrerseits in keinster Weise von rechtsextremistischen Einstellungen abgrenzt, wo Vertreter Seite an Seite mit Nationalsozialisten laufen, ist extrem gefährlich. Denn damit erstarken gleichzeitig gewaltberei-

te, antidemokratische Kräfte, die vor keiner Tat zurückschrecken und irgendwann unkontrollierbar sind: „Anschläge auf Ausländer, Politiker und Andersdenkende“ – wie es die Terrorgruppe in Chemnitz geplant hat – soll so die Zukunft Deutschlands aussehen? Das bedenke, wer sein Kreuz bei der AfD macht oder mit ihr koalieren möchte.

Britta Wolff  
Dresden

## Langer Weg ohne Rad- und Fußweg

Zum Artikel „Grüne fordern sichere Radwege“ (Ausgabe 15./16. September)

Dieser Forderung kann man sich anschließen, beispielsweise an den Straßenbahn-Haltestellen, wo der vorher vorhandene und markierte Radweg aufhört. Für uns Fahrradfahrer ist es eine extreme Belastung, durch die schmalen Haltestellenbereiche, zum Beispiel Prof. Ricker Straße, hindurchzufahren.

Es ist eigentlich nicht möglich, dort gefahrlos von Autos überholt zu werden. Aber wer dort mit dem Fahrrad fährt, hört ängstlich die von hinten ankommenden Autos und hofft, dass sie bremsen. Oft fahren diese dann bis auf Schutzblech-

weite heran, ich bin auch schon beschimpft oder mit 10 cm Abstand überholt worden. Aber auch den Fußwegen sollte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auf dem Langen Weg in Prohlis ist nicht nur kein Fahrradweg vorhanden, was für Fahrradfahrer fast lebensgefährlich ist, sondern es fehlt sogar der Fußweg auf einer Länge von circa 250 Metern. Das ist wie an einer Dorfstraße, nur mit viel mehr Verkehr. Der Lange Weg wird bestimmt von einige Tausend Fahrzeugen jeden Tag befahren. Dieser Zustand ist für eine Stadt wie Dresden unwürdig. Also reichliches Betätigungsfeld für die Stadtplaner.  
Andreas Kretzschmer  
01237 Dresden

## Die Dinge beim richtigen Namen nennen

Zum Artikel „Rassistische Attacke gegen Ägypterin“ (Ausgabe 21. September)

Ich lese die DNN sehr gerne und möchte mich kurz zu dem Artikel äußern. Ich möchte anregen, die Worte „Rassismus“ und „rassistisch“ nur in den ganz wenigen zutreffenden Ausnahmefällen zu verwenden – wenn überhaupt, da diese eine Denkkategorie wiederbeleben, die in Deutschland eigentlich längst überwunden schien und wie ich hoffe auch ist.

Die geschilderte, scharf zu verurteilende Attacke, was sicherlich fremdenfeindlich, aber kaum rassistisch. Welche „Rasse“ soll hier welche „Rasse“ attackiert haben? Gibt es überhaupt menschliche

Rassen? Ist diese Kategorie nicht einfach Rassenwahn und sind wir nicht alle homo sapiens? Was sonst?

Die genannten Vokabeln sind natürlich griffiger als „fremdenfeindlich“ und lassen sich leichter als Schlagwort oder in einer Überschrift verwenden. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass in den viel zu vielen fremdenfeindlichen Attacken „Rassismus“ in nennenswertem Maße eine Rolle spielt, was hoffentlich auch so bleibt.

Man sollte Dinge als das bezeichnen, was sie sind und gewisse Begriffe auf dem Müllhaufen der Geschichte ruhen lassen.  
René Lutz  
Dresden